

VdK-Aktion zur Bundestagswahl 2021

**Gemeinsam
aus der
Krise!**

Sozialer Aufschwung JETZT!



SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



www.vdk.de

Jetzt VdK-Mitglied werden!

Setzen Sie ein Zeichen für den sozialen Aufschwung und werden Sie Teil einer starken Gemeinschaft. 2,1 Millionen Menschen vertrauen bundesweit dem VdK. Als Mitglied des größten deutschen Sozialverbands profitieren Sie bei Fragen zu Rente, Schwerbehinderung und Pflege von der großen Erfahrung und sozialrechtlichen Fachkompetenz unserer VdK-Teams in ganz Deutschland.

Erfahren Sie mehr unter: www.vdk.de

Impressum Herausgeber

Sozialverband VdK Deutschland e.V.

Liniestraße 131, 10115 Berlin

Telefon: 030/9210 580-400

Telefax: 030/9210 580-410

E-Mail: presse@vdk.de

Internet: www.vdk.de

V.i.S.d.P.: Andreas Wallenborn

Sozialer Aufschwung JETZT!



Am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Die nächste Bundesregierung wird eine große Verantwortung dafür haben, wie sich die Folgen der Corona-Krise auf jede und jeden von uns langfristig auswirken. Der Sozialverband VdK fordert: Soziale Gerechtigkeit muss der Leitfaden für alle politischen Entscheidungen sein. Deswegen lautet das Motto der VdK-Kampagne zur Bundestagswahl: Sozialer Aufschwung JETZT! Denn nur, wenn alle Bevölkerungsgruppen jetzt mitgenommen werden, kommt die Wirtschaft dauerhaft in Schwung.

Durch die Corona-Pandemie wurden viele Menschen abgehängt: Kurzarbeit trifft Wenigverdienende hart, staatliche Hilfen gibt es für Rentnerinnen und Rentner mit Minijobs nicht, Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen haben den Bildungsanschluss verloren, Solo-Selbstständige haben Schulden angehäuft und leben von Grundversicherung. Corona hat die soziale Spaltung vertieft. Das ist gefährlicher gesellschaftlicher Zündstoff. Dem müssen wir etwas entgegensetzen.

Der VdK ist überzeugt: Solidarität und ein starker Sozialstaat sind die besten Lösungen, die wir in Deutschland zur Krisenbewältigung haben. Mit seinen Forderungen zur Bundestagswahl setzt der VdK auf eine starke Sozialversicherung für alle und auf eine sozial gerechte Steuerpolitik. Ich bin überzeugt: Gemeinsam kann und wird der soziale Aufschwung gelingen. Ich freue mich über Ihre Unterstützung!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'VdK' followed by a stylized name.

Ihre Verena Bentele, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Alle sozial-
versichern
JETZT!**



Lieber Sicherheit als Sozialhilfe

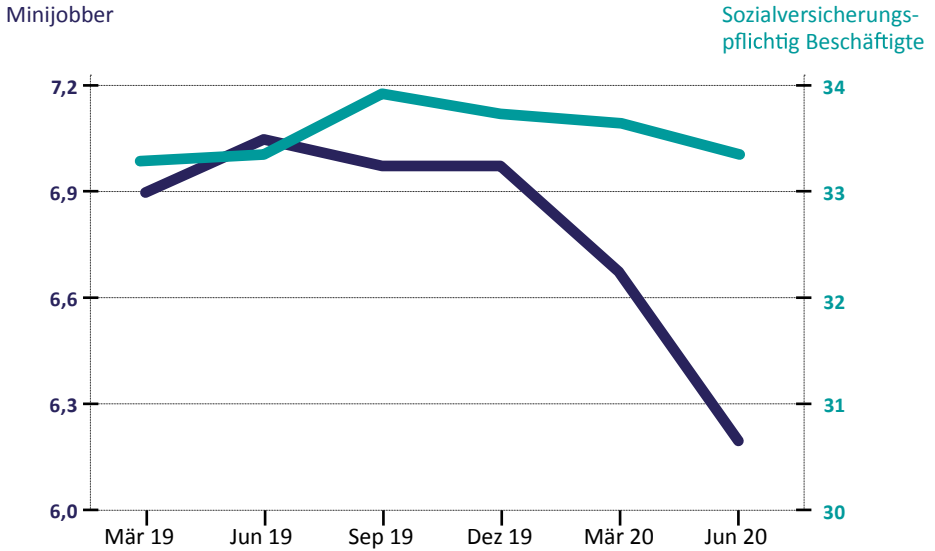
Gut, wenn man derzeit sozialversichert ist: Das Kurzarbeitergeld kommt aus der Arbeitslosenversicherung, die Rentenkasse zahlt weiterhin pünktlich am Monatsletzten, das Krankengeld wird bei einer schweren Erkrankung überwiesen.

Corona hat alle anderen hart bestraft. Viele, die im Verkauf, in der Gastronomie oder im Hotel in einem Minijob gearbeitet haben, stehen ohne dieses Einkommen da. Familien, Studierende und viele Ältere gerieten deshalb in existenzielle Nöte, weil das wichtige Zubrot wegfiel. Selbstständige, wie Künstlerinnen, Ladenbesitzer, Event-Veranstalterinnen oder Kinobetreiber, wurden schwer getroffen. Sie erhielten zwar Betriebskostenzuschüsse, aber für ihren Lebensunterhalt, die Miete und die Krankenversicherung wurden sie auf die Grundsicherung verwiesen.

Schon vor der Corona-Krise war klar, dass die soziale Absicherung für Selbstständige nicht ausreicht. Ihnen fehlen ein Schutz bei Arbeitslosigkeit und nach Arbeitsunfällen und vor allem eine ausreichende Altersvorsorge. Die private Krankenversicherung können sie häufig im Alter nicht mehr bezahlen. Die steuerfinanzierte Sozialhilfe kann nicht das staatliche Netz für Selbstständige sein.

Der VdK fordert: Wir müssen jetzt den großen Schritt zu einer Sozialversicherung für alle Einwohnerinnen und Einwohner gehen.

Minijobs gehen in der Corona-Krise rapide zurück



Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von Juni 2019 bis Juni 2020 nur um 0,2 Prozent gesunken. Die Zahl der Minijobs ist im selben Zeitraum um 12 Prozent zurückgegangen.

Quelle: Grabka, M.; Braband, C.; Göbler, K. (2020)
„Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession“,
DIW Wochenbericht 45/2020.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Arbeitslosenversicherung für alle

Jede Tätigkeit muss in das Sozialversicherungssystem einbezogen werden. Auch Selbstständige und Minijobber müssen bei Arbeitslosigkeit abgesichert sein.

Rentenversicherung für alle

Jede und jeder Erwerbstätige, inklusive Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und Selbstständige, müssen in dieselbe Rentenkasse einzahlen. So sind alle im Alter, bei Erwerbsminderung und Umschulungsbedarf abgesichert. Witwen und Waisen werden geschützt.

Krankenversicherung für alle

Die parallelen Systeme von privater und gesetzlicher Krankenkasse sind überholt und schaffen eine ungerechte Zweiklassenmedizin. Während der Pandemie haben sich die privaten Kassen nicht ausreichend an den Gesundheitskosten beteiligt. Das meiste mussten die gesetzlichen Kassen schultern. Wir fordern ein solidarisches Krankenversicherungssystem, zu dem alle nach ihren finanziellen Möglichkeiten beitragen.

Pflegeversicherung für alle

Wie bei der Krankenkasse muss die Trennung in private und soziale Pflegeversicherung sofort beendet werden. Die Leistungen in beiden Systemen sind bereits gleich, daher ist dieser Schritt sehr einfach.

Unfallversicherung für alle

Eine Berufskrankheit oder ein Berufsunfall können auch für Selbstständige das jähe Ende ihrer Erwerbsfähigkeit bedeuten. Dagegen müssen alle in einer solidarischen Versicherung abgesichert sein.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Gute
Rente
JETZT!**



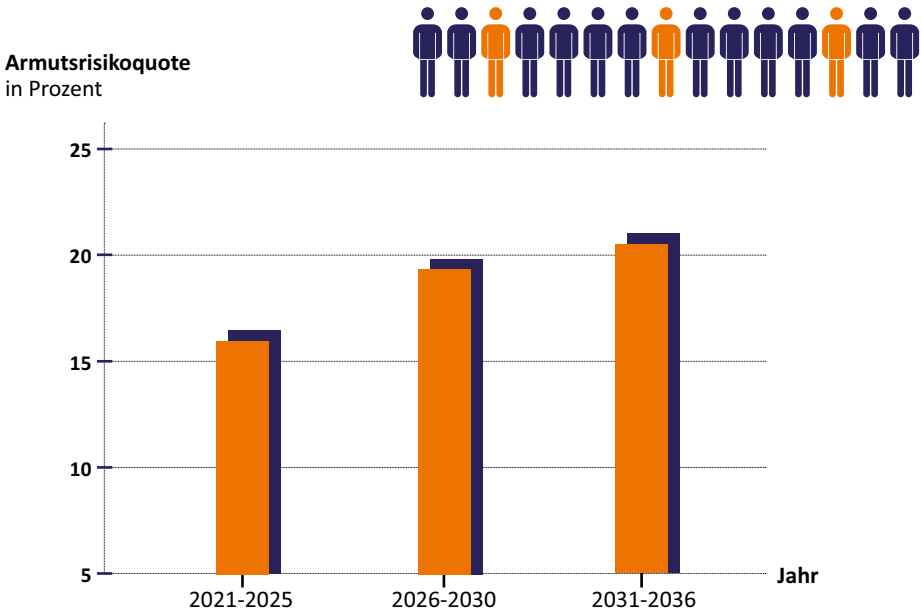
Gesetzliche Rente ausbauen

Der Applaus für die „systemrelevanten“ Berufe wie Kassiererin, Putz-
hilfe oder Pflegekraft hat diesen meist weiblichen Arbeitskräften
sicherlich gut getan, doch an ihrer prekären Lage hat sich nichts geän-
dert. Der VdK fordert, dass alle, die ihrer Arbeit nachgehen und dafür
Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, aber kein Geld für
Immobilien, Aktien oder Zusatzversicherungen übrighaben, eine Rente
erwarten dürfen, von der sie leben können.

Wegen der Rentenpolitik der letzten 20 Jahre hat die gesetzliche Rente
einen großen Imageschaden erlitten. Dabei hat sich dieses solidarische
Umlagesystem im Wirbel von Finanzkrisen und Corona-Pandemie stets
als zuverlässige Säule erwiesen. Es ist deshalb politisch vernünftig und
notwendig, die gesetzliche Rente zu stärken. Sonst kann der Ver-
trauensverlust der heute 18- bis 32-Jährigen nicht mehr wettgemacht
werden. Bei einer GfK-Umfrage 2021 gaben 65 Prozent von ihnen an,
sich Sorgen vor drohender Altersarmut zu machen.

Tatsächlich sind diese Sorgen nicht unbegründet, selbst wenn jemand
sein Leben lang gearbeitet hat. Wir brauchen anständige Renten,
damit niemand im Alter auf Minijob oder Grundsicherung angewiesen
ist. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für den Einstieg in eine Erwerbstät-
igenversicherung, die alle einbezieht und damit eine breitere Finan-
zierung schafft. Zugleich muss die Förderung der untauglichen Riester-
Rente eingestellt und in die Rentenversicherung gesteckt werden.

Bis 2036 sind 20 Prozent der Älteren von Armut bedroht



Armutgefährdet sind Menschen mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. 2018 lag diese Schwelle bei 13.628 Euro Jahreseinkommen.

Quelle: Haan, P. et al. (2017) „Entwicklung der Altersarmut bis 2036“, Studie des DIW und ZEW im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Statistisches Bundesamt, Stand 2021.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Eine gerechte Rente für alle ohne Anhebung des Rentenalters

Eine „Rente mit 70“ hieße noch mehr Altersarmut. Millionen Menschen schaffen es schon heute nicht, bis 67 Jahre zu arbeiten, und müssen mit Rentenabschlägen leben. Eine weitere Anhebung des Rentenalters wäre wieder ein reines Rentenkürzungsprogramm.

Eine gerechte Rente für alle Generationen

Die Renten müssen entsprechend den Löhnen steigen. Das Rentenniveau muss dauerhaft auf über 50 Prozent erhöht werden. Dies stärkt das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Eine gerechte Rente für alle Erwerbstätigen

Warum hat eine verbeamtete Lehrerin eine deutlich bessere staatliche Alterssicherung als ihr angestellter Kollege? Der VdK fordert, dass künftig alle in die gesetzliche Rente einzahlen. Neben den Beamtinnen und Beamten auch Selbstständige sowie Politikerinnen und Politiker.

Eine gerechte Rente für Geringverdiener

Die Einführung der Grundrente war richtig und wichtig. Der VdK fordert jedoch Nachbesserungen. Mehr Menschen, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen, müssen ein Recht auf die Grundrente erhalten.

Eine gerechte Rente für Erkrankte

Erwerbsminderungsrente bedeutet oft Armut. Der VdK fordert, die lebenslangen Rentenabschläge von bis zu 10,8 Prozent abzuschaffen. Zudem müssen die Zurechnungszeiten für alle auf 67 Jahre angehoben werden, damit die Auszahlungsbeträge steigen.

Eine gerechte Rente für alle Mütter

Keine Mütter erster und zweiter Klasse! Der VdK fordert drei Rentenentgeltpunkte pro Kind – egal, ob es vor oder nach 1992 geboren ist.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Gute
Gesundheits-
versorgung
JETZT!**



Patienten statt Profit

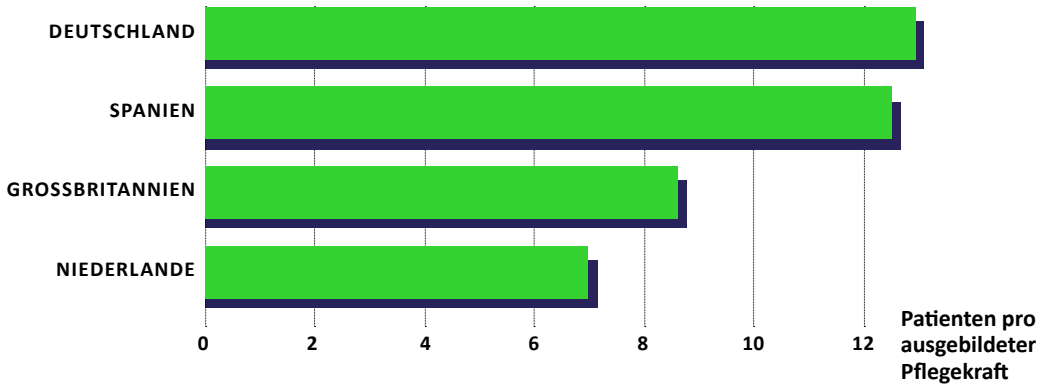
Die Corona-Pandemie hat die Krankenhäuser oftmals an ihre Grenzen gebracht. Jahrelang wurde Pflegepersonal eingespart. Das rächt sich jetzt: Vielerorts konnten die Stationen nur mit viel Aufopferung am Laufen gehalten werden. Trotzdem planen viele Kliniken weitere Einsparungen.

Schuld trägt ein Gesundheitssystem, das nicht an den Menschen, sondern an Gewinnen und ökonomischer Effizienz ausgerichtet ist. Die Gesundheitspolitik fördert, dass sich Krankenhäuser und Arztpraxen lukrative Leistungen herauspicken und nicht das Wohl der Patientinnen und Patienten der alleinige Maßstab ist. Doch die gesundheitliche Versorgung ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Alle Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine zuverlässige Versorgung auf hohem medizinischen Niveau. Daran muss sich die Krankenhausplanung orientieren. Die Personalausstattung muss auch für hohe Auslastungen ausreichen. Schutzkleidung und Schutzausrüstung müssen für den Pandemiefall vorgehalten werden.

Statt Wettbewerb brauchen wir ein solidarisches System, das die Gesundheit der Patientinnen und Patienten als oberstes Ziel hat. Deshalb muss Schluss sein mit Zweiklassenmedizin, Unterschieden zwischen Stadt und Land und zwischen gesetzlich und privat Versicherten.

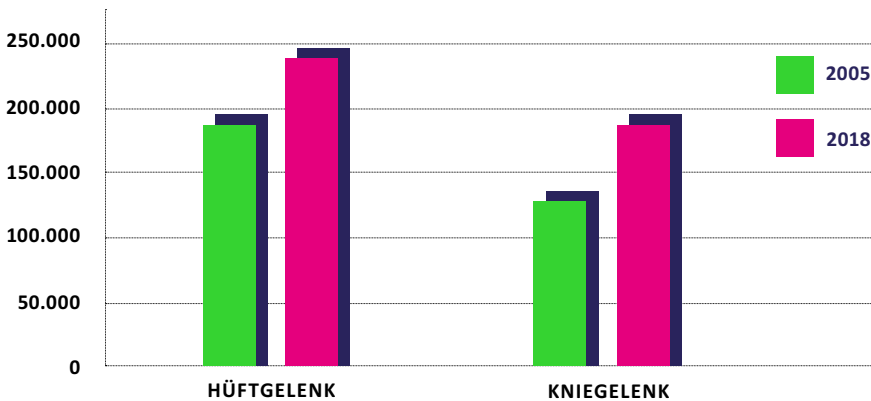
Gute Gesundheitsversorgung JETZT!

Das Gesundheitssystem setzt die falschen Schwerpunkte



Sparen am Personal: In Deutschland versorgen Pflegekräfte die meisten Patienten.

Quelle: Aiken, L. et al. (2012) „Patient safety, satisfaction, and quality of hospital care“.



Lukrative Übertherapie: In Deutschland werden immer mehr künstliche Hüft- und Kniegelenke eingesetzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2021.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Profitorientierung im Gesundheitsbereich beenden

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Gesundheitsversorgung und Gewinnmaximierung nicht zusammengehen. Kliniken müssen so bezahlt werden, dass alle die passende Behandlung bekommen und eine stille Reserve für Notfälle vorgehalten wird. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden.

Gesundheitsversorgung auf dem Land sichern

In allen Teilen Deutschlands muss es einfachen Zugang zu Hausarztpraxen geben. Krankenhäuser in guter Qualität müssen überall mit angemessenem Aufwand erreichbar sein.

Aufzahlungen bei Hilfsmitteln und Arzneimitteln abschaffen

Chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung müssen hohe Kosten für ihre Gesundheitsversorgung schultern. Die Eigenanteile beispielsweise bei Inkontinenzprodukten und Schmerzmitteln müssen abgeschafft werden. Versorgungsengpässe bei Medikamenten darf es nicht geben.

Behandlungen und Rehas zügig nachholen

Viele geplante Operationen oder Reha-Aufenthalte konnten während des Lockdowns nicht stattfinden. Diese Behandlungen müssen bald nachgeholt werden. Krankengeld und andere Sozialleistungen müssen im Bedarfsfall verlängert werden.

Digitalisierung richtig nutzen

Die elektronische Patientenakte muss alle behandelnden Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen und die Heilmittelversorgung einbinden. Telemedizin-Angebote müssen verpflichtend sein.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Gute
Pflege
JETZT!**



Pflege zu Hause stärken

Die Corona-Krise kennt viele stille Heldinnen und Helden. Angehörige, die ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder oder ihre Kinder mit Behinderung zu Hause versorgen, gehören definitiv dazu. Sie waren mit am härtesten von der Krise und den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus betroffen. Die Gefahr eines schweren oder sogar tödlichen Verlaufs bei einer Ansteckung war hoch. Die Folge war eine noch größere soziale Isolation und Vereinsamung in Pflegehaushalten, als sie diese Menschen ohnehin schon erdulden müssen.

Die persönlichen Belastungen stiegen durch die Schließung der Tagespflegen, die Ausreise osteuropäischer Betreuungskräfte und den Aufnahmestopp in Heimen. Plötzlich standen viele Pflegebedürftige unversorgt da. Angehörige mussten einspringen und waren gezwungen, beruflich kürzerzutreten, und brachten damit ihren Arbeitsplatz in Gefahr. Auch wer ein Kind mit chronischer Erkrankung oder einer Behinderung versorgen muss, bekam wenig Unterstützung. Pflegenden Angehörige mussten sich während der Corona-Pandemie mit einem verlängerten Pflegeunterstützungsgeld und ein paar Lockerungen der (Familien-)Pflegezeit zufriedengeben.

Wir brauchen eine sichere und verlässliche professionelle Versorgung zur Entlastung von Angehörigen, die auch in Krisenzeiten Bestand hat. Während der Corona-Pandemie sind Besuchs- und Hygienekonzepte in Pflege- und Behinderteneinrichtungen häufig an mangelndem Personal gescheitert. Profitmaximierung darf aber nicht die Leitlinie sein.

Gute Pflege JETZT!

Der Großteil der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen wird zu Hause von Angehörigen versorgt



20 Prozent leben im Pflegeheim.

Um 24 Prozent kümmert sich ein Pflegedienst.



56 Prozent werden nur von Angehörigen gepflegt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2020.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Pflegende Angehörige besser unterstützen

Entlastungsangebote müssen weiter ausgebaut und ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten in allen Bundesländern geschaffen werden. Es braucht eine Pflegeplanung in kommunaler Hand.

Lohnersatz für pflegende Angehörige

Für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss eine aus Steuermitteln finanzierte Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld eingeführt werden.

Pflegevollversicherung einführen

Derzeit müssen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen für einen Platz im Pflegeheim durchschnittlich über 2000 Euro im Monat aus eigener Tasche zahlen. Der Ausweg ist die Einführung der Pflegevollversicherung. Nur so werden sämtliche pflegebedingten Kosten abgedeckt, und die Angst, ein Sozialfall zu werden, wird kleiner.

Pflegeleistungen anpassen

Eine jährliche automatische Anpassung der Leistungen aus der Pflegeversicherung an die Kostensteigerungen in der Pflege ist notwendig, damit nicht immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind. Auch das Pflegegeld für pflegende Angehörige muss jährlich erhöht werden.

Wohnen zu Hause im Alter ermöglichen

Der Bund muss deutlich mehr Mittel für den altersgerechten Umbau von Wohnungen bereitstellen. Die Kosten für technische Assistenzsysteme müssen von den Krankenkassen übernommen werden.

Pflegeberufe aufwerten

Im Jahr 2030 werden bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen gut 400.000 Vollzeitkräfte in der Pflege fehlen, wenn nicht gegengesteuert wird. Pflegekräfte müssen durch höhere Pflegeschlüssel und verlässliche Arbeitszeiten vor Überlastung geschützt werden.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Gute
Bildung
JETZT!**



Gleiche Startchancen schaffen

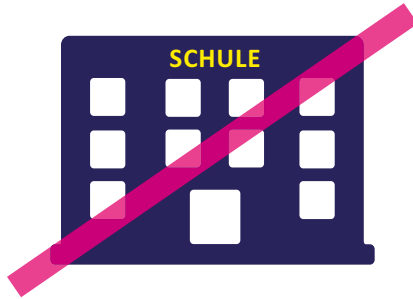
Familien wurde in der Krise viel abverlangt. Schulen, Kitas, Mittags- und Ganztagsbetreuung wurden von einem Tag auf den anderen, gleich zu Beginn der Corona-Pandemie, geschlossen. Kinderbetreuung und Unterricht wurden ins Private verlagert. Corona verschärfte die soziale Schieflage enorm. Digitaler Unterricht ist nur für Kinder möglich, die Laptop, Drucker und Internetzugang haben, Homeschooling funktioniert nur zuverlässig bei Eltern mit Zeit, Bildung und Geld. Die Schulschließungen vergrößerten die Bildungskluft zwischen Kindern und Jugendlichen aus armen und reichen Elternhäusern.

Inklusive Unterrichtsansätze gingen während der Corona-Pandemie ganz schnell über Bord. Arbeitsunterlagen waren nicht barrierefrei, die Schulbegleitungen für Kinder mit Behinderung fielen aus, und manche Förderschulen wurden vollständig geschlossen.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gutes Bildungssystem ist, damit kein Kind verloren geht. Viele Kinder und Jugendliche wurden Opfer von häuslicher Gewalt, hatten psychische Probleme und konnten sich kaum bewegen. Einige Kinder hatten monatelang keine Hilfe beim Bearbeiten der Unterlagen in deutscher Sprache. Als Folgen sind fehlende Schul- und Ausbildungsabschlüsse, schwere oder scheiternde Berufswege und langfristige psychische Erkrankungen zu befürchten. Diesen Kindern und Jugendlichen müssen wir uns nun verstärkt zuwenden, damit sie wieder den Anschluss finden.

Gute Bildung JETZT!

Immer mehr Jugendliche verlieren den Anschluss



100.000 mehr Jugendliche haben 2020 die Schule ohne Abschluss verlassen als 2019.

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (2021), „Jugendämter in der Corona-Pandemie“.



2020 wurden 57.600 Lehrverträge weniger abgeschlossen als 2019.

Quelle: Bundesinstitut f. Berufsbildung (2020), „Pandemie lässt Ausbildungsmarkt nicht unberührt“.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

„Generation Corona“ verhindern

Als Sofortmaßnahme braucht es pädagogische Konzepte und Personal, damit versäumter Stoff nachgeholt, Schulabschlüsse erreicht und Lehrstellen und erste Berufstätigkeiten vermittelt werden können.

Bildungsarmut bekämpfen, Eltern unterstützen

Das Ziel muss lauten: keine Schülerin und kein Schüler ohne Schulabschluss. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Mütter und Väter dürfen aber auch nicht wegen der Kinderbetreuung beruflich den Anschluss verlieren. Benötigt werden familiengerechte Arbeitszeiten, ein flächendeckender Ausbau der Kindertagesbetreuung und ein Rückkehrrecht in Vollzeit.

Pädagogische Berufe aufwerten

Im Kindesalter werden wichtige Weichen fürs Leben gestellt. Ohne gutes pädagogisches Personal ist aber keine ausreichende Förderung möglich. Diese wichtigen Berufe müssen besser bezahlt werden.

Gemeinsames Lernen voranbringen

Bund und Länder müssen Inklusion endlich in allen Kitas, Schulen und Hochschulen umsetzen.

Freizeit und Sport wieder ermöglichen

Nicht nur der Unterricht fand eingeschränkt statt. Viele Kinder und Jugendliche kamen viele Monate kaum vor die Tür, Freundschaften gingen verloren, Jugendzentren waren geschlossen, der Vereinssport und andere Freizeitaktivitäten fielen aus. Um die psychosoziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen nicht zu gefährden, müssen Angebote im Freizeit- und Sportbereich mit entsprechender pädagogischer Unterstützung schnell wieder in Gang gesetzt werden.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Armut
beseitigen
JETZT!**



Schluss mit „Gnadenbrot“

Schlange stehen vor der Lebensmitteltafel, Wartenummer ziehen im Jobcenter, Heizung ausdrehen in der kalten Wohnung, Kinderschuhe in der Kleiderkammer aussuchen: So sieht die alltägliche Armut in Deutschland aus. Besonders betroffen sind Kinder sowie ältere, alleinerziehende und langzeitarbeitslose Menschen. Mehr als sechs Millionen Menschen leben von der Grundsicherung. Acht Millionen Menschen verdienen weniger als den Niedriglohn. Der Anteil armer Menschen in der Bevölkerung wächst seit Jahren. Wer einmal in Armut lebt, für den wird es immer schwerer, herauszukommen.

Die Grundsicherung soll Armut bekämpfen und Menschen weiterhin Teilhabe ermöglichen. Doch die Regelsätze sind viel zu niedrig. Das hat die Pandemie-Zeit bewiesen. Als die Versorgung durch die Tafeln und die kostenlosen Mittagessen in Schulen und Kitas wegfielen, brachte das Tausende Ältere, Kranke und Familien in größte Not. Nur bürgerschaftliches und vereinzelt kommunales Engagement konnte das Schlimmste abfedern.

Die Lehre aus der Corona-Pandemie lautet, dass das System der Grundsicherung neu gedacht werden muss. Positiv waren die Verbesserungen bei Beantragung, Vermögensprüfung und Wohnkosten. Diese sollten beibehalten werden. Armut darf kein Schicksal für immer sein. Jeder muss die Chance bekommen, seine Hilfsbedürftigkeit zu überwinden: nicht mit Strafen oder Kontrollen, sondern mit geeigneten Fördermaßnahmen. Grundsätzlich müssen die Regelsätze für Kinder, Ältere und Erwerbsgeminderte an deren verschiedene Bedürfnisse angepasst werden.

Armut beseitigen JETZT!

Armut erreicht immer mehr Bevölkerungsgruppen



Rund 15,3 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut bedroht. Das ist knapp jeder Fünfte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2021.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Kindergrundsicherung einführen

Kinder brauchen eine eigenständige, materielle Sicherung, sie sind keine kleinen Erwachsenen. Alle Bildungs- und Familienleistungen sollen in eine neue Kindergrundsicherung einfließen und weitere Fördermittel unnötig machen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung neu berechnen

Der Regelsatz orientiert sich am Bedarf eines 30-jährigen, gesunden Mannes und steht damit im Widerspruch zur Lebensrealität von kranken und alten Menschen.

Mieten und Wohnen bezahlbar machen

Der soziale Wohnungsbau muss ausgeweitet, Mieterschutz gestärkt und die Energiewende sozial gestaltet werden.

Minijobs sowie Leih- und Zeitarbeit eindämmen

Wer Altersarmut für künftige Generationen vermeiden will, darf diese Beschäftigungsverhältnisse nicht länger politisch fördern.

Mindestlohn auf über 13 Euro anheben

Der Arbeitslohn für eine Vollzeitstelle muss immer so hoch sein, dass eine Rente über dem Grundsicherungsniveau gewährleistet ist.

Arbeitsmarktchancen verbessern

Um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. Dem Strukturwandel durch die zunehmende Digitalisierung muss durch verstärkte Weiterbildung und Qualifizierung begegnet werden.

Armut von Menschen mit Behinderung verhindern

Leistungen der Eingliederungshilfe müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

**Barrieren
beseitigen
JETZT!**



Inklusion statt Ausgrenzung

In der Corona-Krise war schnelle Kommunikation wichtig. Doch gehörlose Menschen bekamen wichtige Informationen nicht mit, weil Nachrichten und Pressekonferenzen der Regierung in Deutschland meistens ohne Gebärdendolmetschung laufen. Auch die im beruflichen Bereich wichtig gewordenen Videokonferenzen sind für blinde und sehbehinderte sowie schwerhörige und gehörlose Menschen nur sehr eingeschränkt nutzbar.

Deutschland hat sich gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion verpflichtet. Dieses Staatsziel darf nicht aus Kostengründen nach der Corona-Pandemie aus den Augen verloren werden.

Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft, ist kein Randthema. Jeder Zehnte in Deutschland ist schwerbehindert und auf Barrierefreiheit angewiesen, um selbstständig leben zu können. Das trifft ebenso auf einen Großteil der älteren Bevölkerung zu. Barrieren „behindern“ beim Wohnen, Arbeiten, Reisen, beim Arzt, in der Freizeit, bei der Nutzung von Medien, Produkten und Dienstleistungen. Viel zu tun bleibt im öffentlichen Bereich, also ÖPNV, in Rathäusern und Schulen ebenso wie bei öffentlich zugänglichen Gebäuden, Spielplätzen oder Schwimmbädern. Vergessen wird oft, dass auch Menschen mit Lernschwierigkeiten und psychischen Beeinträchtigungen wegen mangelnder Barrierefreiheit von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Barrieren beseitigen JETZT!

Auf Barrierefreiheit sind viele Menschen angewiesen

**Fast 8 Millionen Menschen
in Deutschland sind schwerbehindert.
Das sind knapp 10 Prozent der Bevölkerung.**



Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Barrierefreie Wohnungen bauen

Die Gelder, die der Bund den Ländern für die Soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellt, sind zwingend an die Verpflichtung zur Barrierefreiheit zu binden. Dies gilt auch für die Städtebauförderung.

Barrierefreie Mobilität voranbringen

Busse und Bahnen, Haltestellen und Bahnhöfe, Straßen und Gehwege müssen schneller barrierefrei werden. Auch dafür ist jede staatliche Finanzierung an Barrierefreiheit zu binden. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden. Hier sind barrierefreie Taxis, die im ÖPNV fahren, zu fördern.

Gesundheit für alle verwirklichen

Praxen und Krankenhäuser müssen barrierefrei werden, um die freie Arztwahl zu ermöglichen. In Krankenhäusern muss es speziell geschultes Personal für Menschen mit Beeinträchtigungen geben.

Die digitale Welt barrierefrei machen

Einkaufen in Online-Shops, Reiseauskünfte des ÖPNV auf dem Smartphone abrufen und Fahrkarten digital bezahlen, Bankgeschäfte online oder am Bankautomaten erledigen, Laptops, Tablets, aber auch Haushaltsgeräte bedienen: All das muss für jeden Menschen barrierefrei und damit selbstständig möglich sein.

Den Arbeitsmarkt barrierefrei gestalten

Teilhabe entscheidet sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die ihrer Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht nachkommen, muss deutlich erhöht werden. Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung muss wirksam bekämpft werden.

**Sozialer
Aufschwung
JETZT!**

Vermögens- abgabe JETZT!



Kosten gerecht verteilen

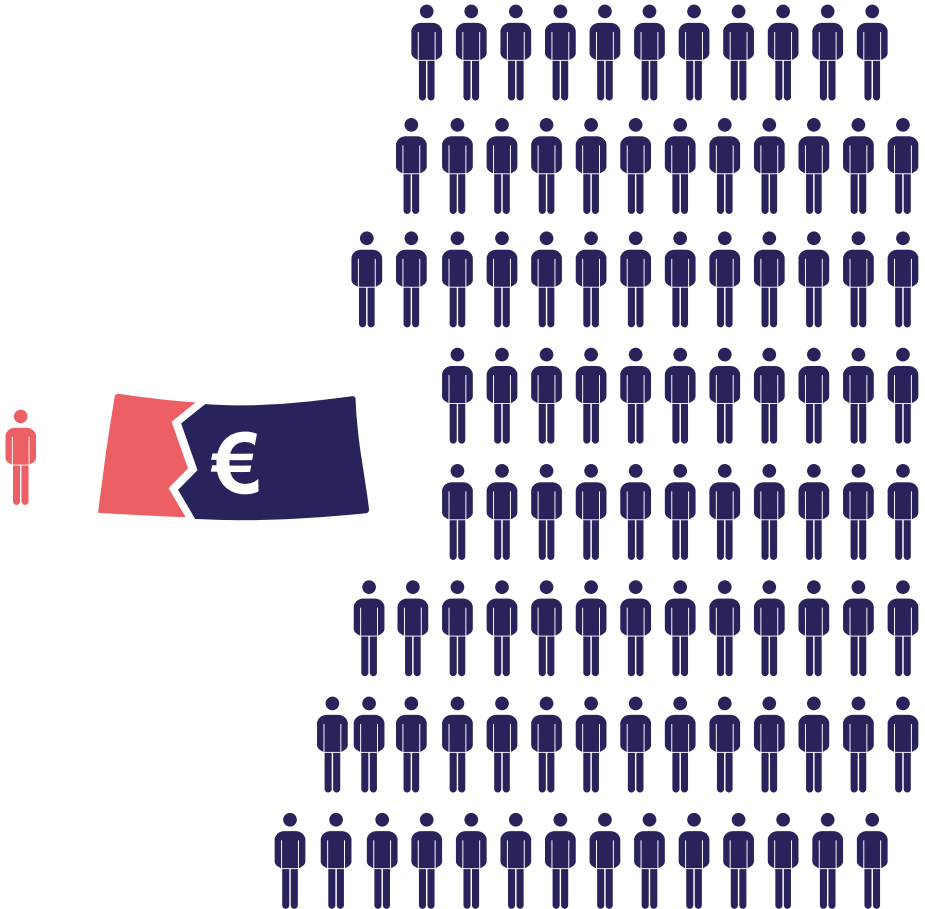
Laut Grundgesetz kann in Ausnahmesituationen eine einmalige Vermögensabgabe erhoben werden. Diese Möglichkeit sollte für den Abbau der durch die Corona-Pandemie entstandenen Schulden jetzt genutzt werden. Die Kosten der Krise müssen sozial gerecht verteilt werden. Bisher zahlen Menschen in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, Selbstständige im Lockdown und Menschen, die ihren Minijob verloren haben, die Rechnung alleine. Es wäre ein notwendiges Zeichen für Solidarität, wenn sich auch sehr reiche Menschen deutlich mehr an der finanziellen Bewältigung der Krise beteiligen und den Staatshaushalt entlasten.

Schon vor der Corona-Krise zählte Deutschland zu den Ländern, in denen Vermögen sehr ungleich verteilt sind. Dazu trägt auch eine im Vergleich mit anderen europäischen Ländern und Industrienationen sehr liberale Steuerpolitik bei.

Eine einmalige Vermögensabgabe wird auf Vermögen fällig, das über einem Freibetrag von mindestens einer Million Euro liegt. Selbstbewohnte Häuser und Wohnungen sollten von der Abgabe ausgenommen bleiben. Die Vermögensabgabe würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen, hätte aber einen großen Effekt. Mit der Abgabe wären zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe möglich. Die konkrete Höhe ist von der Ausgestaltung der Abgabe abhängig.

Vermögensabgabe JETZT!

Große soziale Ungleichheit in Deutschland



Das oberste 1 Prozent der Bevölkerung verfügt über 35,3 Prozent des Vermögens der gesamten Bevölkerung.

Quelle: Schröder, C. et al. (2020) „MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen“, DIW Wochenbericht 29/2020.

Der VdK fordert: Sozialer Aufschwung JETZT!

Steuersystem sozial gerechter machen

Die Besteuerung von hohen und höchsten Vermögen und Einkommen muss fairer gestaltet werden. Verbrauchssteuern und die Mehrwertsteuer belasten Menschen mit geringerem Einkommen proportional weit höher. Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland immer weiter auseinander.

Digitalsteuer einführen, Finanzmarkt besteuern

Unternehmen wie Facebook, Amazon oder Google sind mit ihren Online-Geschäften die Gewinner der Krise, werden steuerlich aber kaum belastet. Hier ist die Einführung einer Digitalsteuer sinnvoll. Auch für Finanztransaktionen muss es wieder eine Steuer geben. Derzeit sind am Finanzmarkt durch den Handel mit Wertpapieren und Derivaten trotz Corona-Krise immer noch enorm hohe Gewinne möglich.

Erbschaftsteuer reformieren

Reichtum wird selten erarbeitet, sondern meistens vererbt. Oberhalb hoher Freibeträge sollten Erbschaften und Schenkungen deutlich stärker besteuert werden. Privat genutztes Wohneigentum wie das Einfamilienhaus bleibt davon ausgenommen.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung einen Riegel vorschieben

Jährlich entgehen dem deutschen Fiskus durch Steuerhinterziehung rund 125 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Wenn nur bereits bestehende Steuergesetze konsequent zur Anwendung kämen, wäre schon viel gewonnen. Deshalb muss in eine bessere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung investiert werden. Jede Steuerfahnderin und jeder Steuerfahnder bringt das Vielfache der Personalkosten durch Steuereintreibung zurück.

Fragen an die Politik zur Bundestagswahl 2021

1

Wie wollen Sie die Sonderausgaben für die Corona-Pandemie finanzieren? Durch Schulden oder Steuererhöhungen? Welche Steuern wollen Sie erhöhen? Planen Sie eine Vermögensabgabe?

2

Wie wollen Sie verhindern, dass sich die durch die Corona-Pandemie entstandenen Bildungsverluste von Kindern und Jugendlichen durch deren gesamte Bildungs- und Erwerbsbiografie ziehen?

3

Wie wollen Sie Armut bekämpfen?
Insbesondere Altersarmut und Kinderarmut?

4

Wie wollen Sie die häusliche familiäre Pflege besser unterstützen?

5

Wie wollen Sie erreichen, dass jede Patientin und jeder Patient die Gesundheitsversorgung bekommt, die notwendig und auf dem aktuellen Stand ist? Auf dem Land, zeitnah und barrierefrei?

6

Wie wollen Sie deutlich mehr Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen, auf Straßen und Gehwegen, bei Geschäften und Restaurants und bei Wohnungen erreichen?

7

Stimmen Sie zu, dass alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einzahlen sollen? Also auch Politiker, Selbstständige und Beamte? Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen? Wie wollen Sie Solo-Selbstständige und Minijobber sozial absichern?

8

Wie wollen Sie mehr schwerbehinderte Menschen in Arbeit bringen und im Beruf halten?

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



#SozialerAufschwungJETZT